übrigens allesamt noch offen sind), als sich die Regierung als Kämpfer gegen den politischen Islam inszenierte. Obwohl die Initiative dazu von Olgun kam, der formale Mängel dieser Kultusgemeinde an das Kultusamt gemeldet hatte, nutzte die Islamische Föderation – die ihm schon lang auflauerte – diesen Vorfall, um die Narrative zu verbreiten, Olgun hätte „die Muslime verkauft".

Dabei erfolgte der Bescheid an die Kultusgemeinde – die sieben Moscheen unterhielt – vollkommen zu Recht. So wurden etwa ein Internetcafé oder gar eine private Adresse als Moscheen angeführt, um die Anzahl der Moscheen innerhalb der Kultusgemeinde künstlich zu erhöhen. Diese Ungereimtheiten zu melden war Olguns Pflicht gewesen.

Obwohl ich Olgun als offensten Präsidenten der IGGÖ bis dato bezeichnen würde, der junge Gläubige auch dazu aufforderte, Kritik an der IGGÖ direkt an ihn zu tragen, und der tatsächlich bemüht war, auf diese Kritik mit Taten zu reagieren, blieb mir seine Verbandszugehörigkeit stets ein Dorn im Auge – auch wenn ich ihm seine Allparteilichkeit abnahm.

Verrostete Strukturen

Die Strukturen, in denen sich Olgun bewegen musste, sind veraltet und verrostet. Sie erlauben wenig Handlungsmöglichkeiten und sie werden – wie so oft – von den großen Verbänden vorgegeben und vor allem aufrechterhalten. Hinzu kommt, dass diese Verbände gar nicht autonom sind. Ihr Handlungsspielraum wird zum Teil von außen vorgegeben.

Das geht nicht mehr so weiter. Weder die Millî-Görüş-Schaltzentrale in Köln noch irgendjemand in der Türkei darf sich in die Arbeit der IGGÖ einmischen. Das ist eine Feststellung, die viele Muslime sofort unterstreichen würden, aber die wenigsten tun das öffentlich.

Dominierend ist die Angst, der schwarz-blauen Regierung Angriffsflächen zu bieten und in einem ohnehin schon vergifteten Diskurs dazu beizutragen, dass Muslime und Musliminnen unter Generalverdacht gehalten werden. Für mich ist das eine nachvollziehbare Sorge, die ich auch bei mir selbst beobachtet habe.

Grundlegende Reform nötig

War ich früher wesentlich härter und offener in meiner (öffentlichen) Kritik gegen die IGGÖ, habe ich jetzt Wege gesucht, um die Kritik diskret und zielgerichtet anzubringen, um nicht – wie es mit anderen passiert – als Kronzeuge missbraucht zu werden.

Natürlich ist das eine bedenkliche gesellschaftliche Entwicklung, der Umgang damit wird auch in Zukunft nicht einfach sein. Aber ich bin überzeugt, dass es nur durch die Verbindung von interner Kritik und externem Druck und durch und mit der Beteiligung von den Betroffenen, nämlich den Musliminnen und Muslimen, eine Besserung geben kann.

Wenn die IGGÖ also auch in Zukunft eine Vertretung für Muslime sein und wenn sie handlungsfähig bleiben möchte, dann braucht es grundlegende Reformen. Die IGGÖ muss anerkennen, dass sie sich von denen, die sie zu vertreten vorgibt, entfernt hat. Und sie muss sich eingestehen, dass sie es nicht geschafft hat, die zweite Generation miteinzubeziehen.

Waren unsere Eltern noch in Verbänden organisiert und haben sich dadurch auch vergleichsweise vertreten gefühlt, ist das heute bei der zweiten und dritten Generation nicht der Fall. Dabei sind es gerade die Generationen, die hier heimisch sind, die hier sozialisiert wurden oder dabei sind, hier heimisch zu werden, die eine solide, inkludierende und transparente Vertretung brauchen – auch deshalb, weil es Generationen sind, die kritischer und lauter sind, als es ihre Eltern waren.

Das „Ethnien-Dogma"

Die Macht der Verbände muss aufgebrochen werden. Dann werden Posten auch nach Kompetenz und nicht nach Zugehörigkeit und Loyalität vergeben. Niemand, der nicht in Österreich lebt, darf über muslimische Angelegenheiten hierzulande bestimmen. Die zweite und dritte Generation muss Möglichkeiten bekommen, zu partizipieren, und das „Ethnien-Dogma", das sich durch die IGGÖ zieht – „die Bosnier", „die Albaner", „die Türken", „die Araber" usw. – muss aufhören. Nur so kann die IGGÖ ein inklusives Projekt werden, das sich den Problemen und Sorgen aller Musliminnen und Muslime annimmt – ganz besonders in einer Zeit wie der jetzigen.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

DER AUTOR



Rami Ali (25) ist Wiener mit ägyptischen Wurzeln. Der Autor ist Politologe, Trainer und Vortragender. Rami Ali ist vorwiegend in der Konfliktprävention und Erwachsenenfortbildung tätig und lehrt zu Themen rund um Integration, Diversität, interkulturelle Kommunikation, Islam, Extremismus und Prävention sowie zur politischen Lage im Nahen Osten. [Privat]

QUERGESCHRIEBEN



VON ANDREA SCHURIAN

Warum der Hungerkünstler-Blues betroffen machen sollte

Allfällige Suchmeldungen können umgehend eingestellt werden: Es gibt sie eh noch, die Kultursprecherin der ÖVP. Nur fallen ihre Wortspenden knausrig aus.

Kürzlich plauderte Maria Großbauer in einer Boulevardzeitung bereitwillig aus dem prallvollen Nähkästchen einer Opernballmutti. 1600 Stunden Arbeitszeit, dazu in etwa 11.000 unbeantwortete Mails: Kein Wunder, dass sie sich bei derart viel Stress nicht auch noch einigermaßen kompetent zur aktuellen Studie über die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler äußern kann. Offenbar ist der – unbezahlte – Arbeitseifer der Opernballesterin für das Prominentengewalze lohnender als das – bezahlte – Engagement der VP-Kultursprecherin für künstlerische Alltagsnot.

Nein, keine Neiddebatte! Aber abgesehen von ein paar Spitzenverdienern nehmen Kunstschaffende deutlich weniger ein, als durchschnittliche Logengastgeber an einem Abend springen lassen. So ist die Rangloge für 23.600 Euro zu haben, geradezu wohlfeil im Vergleich dazu Bühneneinzellogen für sechs Personen schon um schlappe 13.300 Euro.

> „291,66 Euro Monatslohn für Kunstschaffende: Heißa, das ist zum Leben zu wenig und nicht einmal fürs Sterben zu viel.

Das Durchschnittseinkommen aus künstlerischer Tätigkeit hingegen beträgt nicht einmal 5000 Euro netto. Pro Jahr, nicht pro Monat. In der bildenden Kunst sackt das Jahreseinkommen auf 3500 Euro jährlich ab, heißt umgerechnet: 291,66 Euro Monatslohn. Heißa, das ist zum Leben zu wenig und nicht einmal fürs Sterben zu viel, weshalb die meisten nebenher in Brotjobs hackeln und so auf durchschnittlich 51 Stunden Wochenarbeitszeit kommen.

Sicher, Künstler sind nicht die einzigen armen Hunde. Warum also sollte ausgerechnet der Hungerkünstler-Blues betroffen machen? Weil – Antwort – unser Land seinen international guten Ruf nicht unbedingt seinen (teils verhaltens-) originellen Politikern verdankt, sondern schon eher der Kunst.

Veranlasst hatte die Studie übrigens 2017 der damalige SP-Kulturminister, Thomas Drozda. 2008 war von Drozdas Vorvorgängerin und Parteifreundin, Claudia Schmied, schon einmal eine Künstler-Soziallagebeschreibung veröffentlicht worden. Getan hat sich in den zehn Jahren, in denen die Kulturagenden ausschließlich in den Händen von SP-Ministern lagen, nichts. Vor allem nicht zum Besseren.

Im Gegensatz zu Maria Großbauer ist Thomas Drozda ein geradezu hyperaktiver Kultursprecher. Besonders gern und vehement fordert er umgehende Lösungen von Problemen, die er selbst entweder links liegen lassen oder gar selbst verursacht hatte. Als Beispiel sei das zu füllende Führungsloch am Kunsthistorischen Museum (KHM) genannt. Sabine Haag, die das KHM nachweislich erfolgreich geleitet, modernisiert und die Besucherzahlen gesteigert hatte, wurde von Drozda überraschend nicht verlängert, ihr Dienstvertrag endet mit 31. Dezember. Eike Schmidt, derzeit noch in den Uffizien in Florenz tätig, wird sein Amt, wenn überhaupt, erst am 1. November 2019 antreten.

Das KHM scheint für den deutschen Jobhopper sowieso eher eine kurz anberaumte Zwischenrast zu sein. Dass er sich für die Direktion des New Yorker Metropolitan Museum beworben haben soll, als seine Berufung nach Wien bereits feststand, hält sich jedenfalls als hartnäckiges Gerücht.

Wie dem auch sei: Kanzleramtsminister Gernot Blümel hat nun, verschwurbelt, aber gesetzeskonform, die Interimsdirektion ausgeschrieben. Lösung in Sicht!

Die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler ist da schon ein längerfristiges Projekt. Der Minister, der sich – zu Recht – gern dafür lobt, für die Kultur bei den Budgetverhandlungen sogar ein kleines Plus herausgerissen zu haben, sah im Studienbefund unter anderem den politischen Auftrag, steuerliche Anreize für private Engagements im Kulturbereich zu schaffen. Mehr privat ist schon eine gute Richtung – falls sie nicht direttissimo zu weniger Staat führt.

Bereits jetzt machen die staatlichen Ausgaben für Kultur in der Kulturnation Österreich nicht einmal ein Prozent des Budgets aus. Und der laue Wind auf dem Boulevard dreht sich schnell, wenn es um Geld – zumal für die Kunst – geht.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Zur Autorin:
Dr. Andrea Schurian ist freie Journalistin. Die ehemalige ORF-Moderatorin („Kunst-Stücke", „ZiB-Kultur") gestaltete zahlreiche filmische Künstlerporträts und leitete zuletzt neun Jahre das Kulturressort der Tageszeitung „Der Standard". Seit Jänner 2018 ist sie Chefredakteurin der jüdischen Zeitschrift „NU".

Morgen in „Quergeschrieben":
Sibylle Hamann

---

wahl – kann man also in dieser Hinsicht von einem minimalen Vorteil für die Demokraten sprechen – die Möglichkeit, sich durch Redistricting einen Elektor von 538 zuzuschanzen.

Dr. Thomas Jandl (ehem. Ass.-Prof. für Internationale Beziehungen an der American University, Washington, D.C.), 1190 Wien

An Beatmungsmaschinen von Angela Merkel

„Dieseldiskussion kann überschwappen", Leserbrief von Ernst Warnecke, 19. 11.

Nicht Toyota, sondern VW & Co. haben sich durch Betrug jahrelang enorme Vorteile verschafft. Dank Merkel und ihren Kontakten in die Automobilindustrie ist es zu keinen Entschädigungszahlungen gekommen – im Gegenteil, von Prämien für Neukäufe ist die Rede.

Es wurden auch die Toleranzwerte für Stickoxide von der deutschen Bundesregierung erhöht, Fahrverbote in Städten in Fahrverbote auf einzelnen Straßen abgemildert und die Einführung von Grenzwerten für Ultrafeinstaub verhindert. Dieselfahrzeuge konnten sich nirgends weltweit durchsetzen und liegen nach wie vor auf der Intensivstation Mitteleuropa an den Beatmungsmaschinen von Angela Merkel.

Max Gadermayr, 1190 Wien

Sind Ihnen die Zügel absichtlich entglitten?

„Von Bregenz bis Britannien: Kurz polarisiert", „Kulissengespräche" von Elisabeth Postl, 17. 11.

Wenn ich mir den o. a. Artikel ansehe: Sind Ihnen die Zügel absichtlich oder unabsichtlich entglitten? Wie kann man eine Jungjournalistin sich derart unsachlich gegen den Bundeskanzler austoben lassen, wenn man gewärtig sein muss, dass die Leser sich ein eigenes Bild machen können?

Denn dies ist durch einen Blick auf die Seite http://www.vorarlberg.at/landtag_videoarchiv/ zur so heftig kritisierten Veranstaltung in Vorarlberg möglich. Die Meinung der „Presse"-Leser kann Chefredakteur Nowak gerne dem Diskussionsteil zu dem Artikel entnehmen. Abgesehen von den sattsam bekannten Oppositionsposten äußert sich die überwältigende Mehrheit zu Überschrift und Inhalt des Postl-Artikels kritisch. Auch wenn gewisse kritische Mails vorsichtshalber zensuriert wurden.

Als jahrzehntelanger, ja auch an Jahren alter Leser der „Presse" tut mir die neue Blattlinie, die offenbar besonders regierungskritisch angelegt ist, weh. Ich bin zwar noch immer Abonnent der Zeitung, aber es wird mir Tag für Tag schwerer gemacht.

Mag. Wolfgang Dellisch, 2500 Baden

Durchhaltevermögen – vor allem den Frauen!

„Mutige Kommentare gegen den Zeitgeist", Leserbrief von Karlheinz Töchterle, 17. 11.

In Ergänzung zum Leserbrief des Dr. Karlheinz Töchterle – der im Übrigen einen hervorragenden BP-Kandidaten der ÖVP abgegeben hätte – ist zu ergänzen, dass jene, die derzeit im Namen einer „offenen Gesellschaft" der muslimischen Zuwanderung das Wort reden, nicht überrascht sein sollten, dass eine derartige Gesellschaft durch ebendiese Zuwanderung bald ihr Ende finden wird. Ich wünsche allen, vor allem aber den Frauen, dann viel Durchhaltevermögen!

Mag. Reinhart Smejkal, 2301 Oberhausen

Ein lebensnahes Problem von uns allen

„Wo ist die Sozialdemokratie, wenn die Regierung sie braucht?", „Quergeschrieben" von A. Rohrer, 17. 11.

Anstatt sich in den Tiefen des politischen Geschehens zwischen Regierung und Opposition um die Behandlung der SPÖ Sorgen zu machen, gäbe es für den kommenden Samstag für Anneliese Rohrer ein für die gesamte Leserschaft wirklich aktuelles Thema: Die Österreichische Bischofskonferenz meldet sich vehement in Agenden des Staates zu Wort und verlangt, doch in Gottes Namen unter keinen Umständen betroffenen Mitmenschen, die ohne Aussicht auf Heilung am Ende ihres Lebens unter Schmerzen leiden, auf eigenen Wunsch eine Sterbehilfe zu gestatten. Eine wahrhaft kalte und gefühllose Zuwendung zu einem lebensnahen Problem von uns allen. Dazu gäbe es von einer wohlbekannten Journalistin eine Menge an Aufklärung vorzubringen.

DI Erwin Aichinger, 2700 Wr. Neustadt

IMPRESSUM: DEBATTE
Leitung: Burkhard Bischof
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte im Internet: DiePresse.com/debatte
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse" entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.